

Beschluss Für einen sicheren Wahlkampf 2026: Senat und Parteien müssen jetzt handeln

Gremium: Landesausschuss
Beschlussdatum: 01.10.2025
Tagesordnungspunkt: 4. Verschiedenes

Antragstext

1 Angepöbelt und beleidigt, während man Plakate aufhängt. Angespuckt, mit Eiern
2 beworfen, ins Gesicht geschlagen und mit Mord gedroht, nur weil man Flyer
3 verteilt. Reifen zerstochen, Parteibüros beschmiert und Wahlplakate systematisch
4 zerstört. Das war der Alltag vieler Kandidierender und ehrenamtlicher
5 Wahlhelfer*innen während des Bundestagswahlkampf 2025 in Berlin. Bereits
6 zweieinhalb Wochen vor der Wahl zählte das Landeskriminalamt [251 solcher](#)
7 [Straftaten](#).

8 Diese besorgniserregende Entwicklung darf uns 2026 nicht unvorbereitet treffen.
9 Mit Blick auf die Abgeordnetenhaus- und Bezirkswahlen braucht es wirksame
10 Schutzmechanismen, um eine Verrohung und die Einschüchterung engagierter
11 Politiker*innen und Parteimitglieder zu stoppen.

12 Ein erster Schritt wäre ein klares Signal der Parteien selbst: BÜNDNIS 90/DIE
13 GRÜNEN setzen sich deshalb dafür ein, mit den anderen Parteien einen Fairness-
14 Kodex für den Wahlkampf 2026 zu vereinbaren. Dieser soll verbindliche Grundsätze
15 festschreiben, wie beispielsweise ein respektvoller Umgang miteinander und den
16 Verzicht auf Diffamierungen politischer Mitbewerber*innen.

17 Außerdem fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Innensenatorin Iris Spranger und die
18 Justizsenatorin Dr. Felor Badenberger auf, politisch motivierter Kriminalität
19 (PMK) gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende wirkungsvoll
20 entgegenzutreten. Um das Fundament unserer Demokratie zu schützen, müssen die
21 Berliner Strafverfolgungsbehörden ihre Bekämpfung verstärken und die zuständigen
22 Behörden entsprechend ausstatten. Dazu gehören unter anderem bessere Erfassungs-
23 und Auswertungsstrukturen sowie spezialisierte Ermittlungskapazitäten.

24 Die Innensenatorin trägt eine besondere Verantwortung: Die zwei bei der
25 Landeskommission gegen Gewalt eingerichteten Fonds gegen Hassgewalt und für
26 Schutzräume müssen verstetigt und ausgebaut werden. Zum Thema politisch
27 motivierte Gewalt gegen Amts- und Mandatstragende sowie Parteirepräsentierende
28 soll sie einen konkreten Maßnahmenplan bei der Ständigen Konferenz der
29 Innenminister und -senatoren im Dezember 2025 vorlegen. Dieser soll u.a. die
30 gezielte Einschüchterung von Politiker*innen aller Ebenen und von ehrenamtlichen
31 Parteimitgliedern, bspw. durch unterschwellige Übergriffe auf den Privatbereich,
32 sowie strafrechtliche Schutzlücken adressieren. Zudem fordern wir die
33 Innensenatorin auf, sich für die Einberufung eines Bund-Länder-Sicherheitsgipfels
34 stark zu machen.

35 Berlin muss jetzt mit klaren, verbindlichen Vorschlägen für Prävention,
36 Strafverfolgung und Polizeiausstattung vorangehen, um gemeinsam mit den anderen
37 Ländern wirksame Schutzmaßnahmen umzusetzen. Jede Verzögerung gefährdet die
38 Sicherheit derer, die sich für unsere Demokratie einsetzen.